

der Industrie; die egoistische Bequemlichkeit der breiten Masse aller Konsumenten ist kaum weniger problematisch. Wenn der Bundespräsident „Umweltschutz“ als „Nachweltschutz“ bezeichnet, bringt er genau jene gefährliche Asymmetrie in diesem Interessenkonflikt zur Sprache, die Hans Jonas auf der Ebene der Umweltethik in seinem „Prinzip Verantwortung“ benannt hat: Unsere „Gegenwartsethik“ ist auf das Miteinander der Zeitgenossen fixiert, die Dimension der Zukunft bleibt dabei ausgeklammert; eine neue Ethik muß die Folgen unserer Handlung mitbedenken, die weit in der Zukunft liegen. Im gesellschaftlichen Interessenkonflikt haben die nachfolgenden Generationen keine Stimme. Die Verzichts- und Selbstbeschränkungsbereitschaft der lebenden Generation entscheidet jedoch über deren Zukunft, zugunsten oder gegen deren – im Wortsinne zu verstehen – vitale Interessen. Eine Staatszielbestimmung „Umweltschutz“ wäre damit zuerst eindeutig auf die Zukunft ausgerichtet. Sie kann im letzten nur die – ohnehin schwache – mahnende Stimme gegen die zukunftsvergessene Fixierung auf kurzfristige Ziele und den geographischen Nahbereich sein. In ihr drückt sich die Anwaltschaft für künftige Generationen aus, die einen Anspruch auf die gleiche Lebensqualität wie die heutige Generation haben.

fo

Überdeutet

Die „Hessenwahl“ als Trendsetter

Wo es keine Konkurrenz gibt, erhält auch das weniger Bedeutsame Gewicht. Die hessischen Kommunalwahlen vom 7. März waren gewiß kein nationaler Vorgang. Aber sie sind die einzige überörtlich durchgeführte Wahl in Deutschland in diesem Jahr vor dem großen Wahljahr 1994. Da wurde besonders gründlich im Kaffeesatz gelesen. Und sie haben umstandsbedingt auch einiges bewegt.

Die Klausurtagung von Bund und Ländern, von Bundesregierung und Bundesopposition am Wochenende darauf hätte ohne das Ergebnis von Hessen kaum das so überschwänglich begrüßte und – vermutlich etwas voreilig – über den grünen Klee gelobte Ergebnis gebracht, wengleich es zunächst eher gegenteilige Befürchtungen gab: Die verheerende Niederlage der Sozialdemokraten in den hessischen Kommunen könnte dazu führen, daß sich die SPD aus der nationalen Konsenssuche zurückziehen und ihr Heil in verschärfter Opposition im Bund suchen würde.

Aber die Zeichen von Hessen erhielten nicht nur ungewöhnliche bundespolitische Bedeutung, sie wurden als *Niederlage der Parteienpolitik schlechthin* – welch ein Glücksfall! – ausnahmsweise auch richtig gedeutet. Sie machten Koalition und Opposition klarer als alles öffentliche Gejammere über Politikverdrossenheit: Wenn es jetzt im Rahmen des angestrebten Solidarpakts nicht zu einem gesamtdeutschen Konsens über die Lastenverteilung für den Aufbau Ost kommt, wird sich nicht nur die gegenwärtige Rezessionsphase vertiefen und verlängern und damit das deutsche Wohlstandsniveau möglicherweise auf Dauer gefährden, sondern das Schicksal der bislang staatstragenden Parteien würde endgültig besiegelt, die Hoffnung in ihre Handlungsfähigkeit unweiderbringlich schwinden.

Insofern wurde die Hessenwahl – in der Wirkung – tatsächlich zu einem Ereignis von herausgehobener Bedeutung, zu einem, das gesamtdeutsche Lösungen erzwang, die anders gar nicht oder erst nach weiterem monatelangem Verhandlungs- und Debattengezerre zustande gekommen wären.

Die Kehrseite dieser Zufallsbedeutungsschwere einer regionalen Wahl: Ihre Aussagekraft als Trendsetter wurde über alle Maßen überdeutet. Natürlich mußten die landesweiten Verluste der Sozialdemokraten von 8,2 Prozent nicht nur die SPD bundesweit, sondern die Parteien insgesamt erschrecken, zumal das Ergebnis sich quer zu allen Prognosen einstellte. Aber beurteilt man

das Gesamtergebnis der Wahl, so läßt sich feststellen, daß es bundesweite Trends nicht neu setzt, nicht einmal verschärft, sondern auf einer seit den späten achtziger Jahren sich abzeichnenden Linie *bestätigt*. Die Volksparteien insgesamt verlieren an Zustimmung, die „neuen“ Formationen gewinnen als Ausweich- und Protestparteien zu Lasten der alten Mitte, die Neigung zur Wahlethaltung nimmt zu, die Partei-bindungen lockern sich weiter. Wenn die eine Partei verliert, gewinnt die andere nicht oder verliert mit; im Ergebnis gleichen sich die beiden Großen auf niedrigem Niveau – irgendwo zwischen dreißig und vierzig Prozent – einander an.

Aber all dies bewegt sich innerhalb der erwarteten Grenzen – auch die geringe Wahlbeteiligung, mit der sich im internationalen Vergleich – *Daniel Cohn-Bendit* hat in einem „Spiegel“-Interview dies untermauert – eher eine Normalisierung, wenn man will Nivellierung, denn eine demokratiefeindliche Pervertierung des Wählerverhaltens abzeichnet.

Die großen Verschiebungen gab es allein bei der SPD. Die Grünen haben leicht zugelegt – angesichts des guten Standings in Hessen durch *Joschka Fischer* kein Wunder. Aber auch die Bäume der Grünen wachsen trotz des Lamentos über Bonn nicht in den Himmel. Die *Republikaner* hatten sensationelle Erfolge in sozialdemokratischen Traditionsmilieus und Kleine-Leute-Vierteln von Offenbach bis Kassel; aber der von ihnen erhoffte Sprung über die Zehn-Prozent-Grenze ist nicht annähernd gelungen. Dies ist kein Grund zur Entwarnung, um so weniger als der rechtsradikale Bodensatz zur Zeit fast überall in Europa ansteigt. Nur ist wenig spezifisch Deutsches daran.

Interessant sind an der Hessenwahl weniger die großen Trends, deren Ursachen allzu schnell und allzu pauschal auf die Bundesebene hochgerechnet wurden, als die trotz landesweit erdrutschartiger Verluste der SPD enormen Unterschiede von Stadt zu Stadt, von Wahlkreis zu Wahlkreis – in beachtli-

chem Umfange auch bei der CDU (Bad Homburg -7,8%, Hanau -6,8%, Marburg + 2,9%, Kassel + 7,4%). Offensichtlich gab oft weniger die Unzufriedenheit über die Bonner Steuer- und Abgabepolitik, über Solidaritätszuschlag und Autobahnvignette oder gar über Kieler Verhältnisse den Ausschlag als vielmehr der Ärger über örtliche Verkehrs- und Stadterneuerungspolitik und über sich unbeliebt machende Stadtverwaltungen.

Es scheint auch im *örtlichen Verhältnis zwischen Bürger und Politik*, an der Wurzel der „Polis“, einiges nicht in Ordnung zu sein. Einschlägige Symptome sind bereits hinlänglich bekannt: unruhig anspruchsvolle Bürger und Interessengruppen, entnervte Bürgermeister. Joachim Becker, der Pforzheimer Oberbürgermeister, hat sich vor einiger Zeit aus seiner Sicht sehr drastisch dazu geäußert. Wer also Politikverdrossenheit ganz realistisch zu Leibe rücken will, wird nicht alles gleich allein über den nationalen Leisten schlagen, sondern bei den örtlichen Spannungsverhältnissen ansetzen.

Und noch etwas fällt auf: Angesichts der Abwendung von den großen Volksparteien würde man erwarten, daß bei kommunalen Wahlen örtliche Wählergemeinschaften Zulauf finden oder neu aus dem Boden schießen. Die Wählergemeinschaften haben bei der Hessenwahl zwar leicht zugenommen (2,3%), aber groß profitieren vom großen Unbehagen an den Parteien konnten sie nicht. Wo bleibt das Bürgerengagement in der „Bürgergesellschaft“? se

Fragezeichen

Der Papst setzt auf einen gesamtkirchlichen „Priesterausgleich“

Eine gerechtere Verteilung der Priester innerhalb der Weltkirche, wie er sie kürzlich forderte, ist für Johannes Paul II. seit langem ein wichtiges Anliegen. In seiner Schlußansprache bei der

letzten ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode hatte sich der Papst für dieses Anliegen stark gemacht (vgl. HK, Dezember 1990, 579). Seine jüngsten Äußerungen zu diesem Thema tat er auf der ersten Vollversammlung einer im Anschluß an die genannte Bischofssynode gegründeten „Kommission für eine gleichmäßigere Verteilung der Priester in der Welt“ unter der Leitung von Kardinal *Pio Laghi*. Aufgabe der Kommission sei es, so Johannes Paul II., eine „weltweite Strategie zur Intensivierung und Koordination des ‚Austausches von Talenten‘ zwischen Teilkirchen“ zu entwickeln (vgl. *Osservatore Romano*, 27.2.93).

Die Vorstellung, man könne in Zeiten einer sehr ungleichen Verteilung von Priestern innerhalb der Weltkirche einen organisierten Austausch von Priestern in Gang setzen, ist zunächst einmal sehr naheliegend. Daß Gemeinden und Ortskirchen sich gegenseitig unterstützen und beistehen, ist eine Praxis, die sich bis in frühchristliche Zeiten zurückverfolgen läßt. Inwieweit man es in den Ländern des Nordens und Westens etwa im Vergleich mit Teilen der sogenannten Dritten Welt wirklich mit einem Priestermangel, der diesen Namen verdient, zu tun hat, sei dahingestellt: Tatsache ist, daß in weiten Teilen der südlichen wie auch nördlichen Welthälfte Ortskirchen eine Entwicklung durchmachen, die sie trotz aller Unterschiedlichkeit der Lage im einzelnen als „Priestermangel“ beschreiben. Und da ist es nicht einzusehen, warum sich zwischenkirchliche Hilfe auf materielle Unterstützung beschränken soll.

Aber auch in dem Maße, wie die katholische Kirche sich zunehmend bewußt wird, eine sich in den unterschiedlichsten kulturellen Räumen inkulturierende Gemeinschaft zu sein, ist es nur folgerichtig, die Vorstellung aufzugeben, wie auf einer Einbahnstraße müßten auf ewige Zeiten Priester und Ordensleute aus Europa und Nordamerika in die südlichen Missionsländer ziehen, um dort Funktionen wahrzunehmen, in denen sie dringend gebraucht werden.

Dafür spricht auch die Tatsache, daß es seit langem immer schwieriger geworden ist, zu sagen, welches Land in Sachen Mission *nimmt* und welches *gibt*.

Dennoch hat der angestrebte Ausgleich in Sachen Priesternachwuchs zwischen den Kirchen auch seine problematischen Seiten. Die katholische Kirche kennt – sieht man einmal von der besonderen Situation des Ordensklerus ab – keinen für die Weltkirche als solche geweihten Klerus, eine Tatsache, die etwa bei großen, international „besetzten“, vom Papst vorgenommenen Priesterweihen in Rom oder anderswo im Grunde verschleiert wird. Das hohe Maß an Eigenständigkeit, das die Orts- oder Teilkirche unter ihrem Vorsteher, dem Bischof, in der katholischen Kirche genießt, führt notwendigerweise zur engen Bindung eines Klerikers an „seinen“ Bischof. Was immer man an Austauschmaßnahmen und Personaltransfer beschließen wird – diese ekklesiologisch bedingte Festlegung ist nicht in Frage zu stellen oder zu unterhöhlen.

Praktische Probleme mit einem internationalen Austausch von Priestern ergeben sich aus einem anderen Grund. Die Einbindung der Orts- und Teilkirchen in ein bestimmtes kulturelles und gesellschaftliches Umfeld mit einer eigenen Prägung führt zu einer großen Vielfalt an Stilen, Mentalitäten, Akzentsetzungen innerhalb der Kirche, die nicht ohne weiteres austauschbar sind und sein sollen. Dies führt dazu, daß schon heute auch in Deutschland mit Priestern aus vergleichsweise priesterreichen Ländern keineswegs nur gute Erfahrungen gemacht werden. Zuweilen können hier deutlich unterschiedliche Einstellungen zwischen der örtlichen Gemeinde und dem ausländischen Gastpriester aufeinanderprallen und sich in dauerhaften Konflikten entladen. Es kommt dabei auf die Bereitschaft und die Fähigkeit des einzelnen Priesters an, sich auf die besonderen Bedingungen des Gastlandes einzulassen. Das klingt jedoch einfacher, als es in vielen Fällen ist.

Priester aus noch vergleichsweise „volkskirchlichen“ Verhältnissen beispielsweise bringen zuweilen die Er-